

Pressemitteilung des GEW-Kreisverbandes Hersfeld-Rotenburg:

Treffen von Grundschullehrerinnen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit den regionalen Vertretern der Hessischen Regierungsparteien Die Grünen und der CDU im Dezember 2019.
Frau Arnold von der CDU stand in diesem Jahr nicht zu einem Gespräch zur Verfügung.

Der Austausch fand mit der Grünen Landtagsabgeordneten Frau Kinkel statt.

„Anlässlich des alljährlichen Protests von Grundschullehrerinnen und - Lehrern im November für gleiche Bezahlung aller Lehrkräfte (A13 für alle) trafen sich Anne Schörner (Grundschule Asbach), Gerda Körzell und Christiane Hopf (beide Grundschule Kirchheim) mit der Landtagsabgeordneten der Grünen Kaya Kinkel zu einem Gespräch. Die drei Pädagoginnen, die dem Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) angehören, schilderten Frau Kinkel den zunehmend schwierigeren und anstrengenderen Alltag in der Grundschule: Zu wenig ausgebildete und qualifizierte Grundschullehrkräfte, dadurch häufig zu große Klassen, Quereinsteiger und Hilfskräfte sind nur unzureichend auf ihre Aufgaben vorbereitet und müssen vom Stammpersonal angeleitet werden, was eine zusätzliche Arbeitsbelastung darstellt. Es fehlen Sozialarbeiter und Schulpsychologen, um die Lehrkräfte bei schwieriger werdenden Kindern zu entlasten. Das alles bei der höchsten Pflichtstundenzahl und der geringsten Besoldung bundesweit.

Frau Kinkel wies darauf hin, dass das Land Hessen zusätzliche Studienplätze für Grundschullehrkräfte zur Verfügung gestellt habe. Frau Schörner bemerkte, dass die Verbesserung dadurch aber erst in vier bis fünf Jahren zum Tragen käme und nicht ausreiche. Frau Hopf ergänzte: „Viele der neuen Kolleginnen und Kollegen wandern in benachbarte Bundesländer ab, weil sie dort besser bezahlt werden. Deshalb muss Hessen die Grundschullehrkräfte dringend in die Besoldungsklasse A 13 überführen.“

Frau Kinkel zeigte Verständnis, sagte aber, dass die finanziellen Möglichkeiten des Landes begrenzt seien, daher müsse man Prioritäten setzen.

Frau Körzell entgegnete, dass die GEW seit langer Zeit aufgezeigt habe, dass eigentlich genügend Geld vorhanden sei, es müsse nur an der richtigen Stelle ausgegeben werden, denn ‚Bildung braucht bessere Bedingungen‘.“